

„Wir müssen oft verhandeln“

INTERVIEW: Studentin Jenny Hesse über Menschen ohne Krankenversicherung, Angst vor Abschiebung und den Verein „Medinetz Mainz“

Der Verein „Medinetz Mainz“ engagiert sich für Menschen ohne Krankenversicherung und versucht, sie an Ärzte zu vermitteln. Das Besondere: Die meisten Mitarbeiter von Medinetz sind Studenten. Rebekka Sambale hat mit Jenny Hesse gesprochen. Die 28-Jährige studiert Medizin und arbeitet seit vier Jahren mit.

Im Medizinstudium erhalten Sie Ihre Ausbildung, bei Medinetz treffen Sie bereits jetzt auf Menschen in Notsituationen. Prallen da zwei sehr unterschiedliche Welten aufeinander?

Das ist das, worauf man eigentlich im Studium vorbereitet werden soll. Es ist eine absolute Bereicherung, auch persönlich. Ich profitiere sehr von der Arbeit. Man lernt hier besser, mit Menschen in Notsituationen umzugehen. Das, was man tut, macht Sinn. Man ist an einer Stelle, an der Menschen nicht mehr wissen, wo sie hin sollen. Wir geben ihnen Hoffnung, alleine schon, weil wir ihnen in der Sprechstunde zuhören. Selbst wenn wir letztendlich sagen müssen: Wir können nicht weiterhelfen. Sie sind trotzdem wahnsinnig dankbar.

Welcher Fall hat Sie besonders bewegt?

Das war eine nicht krankenversicherte Frau aus Bulgarien. Sie kam zu uns mit gutartigen Gebärmuttertumoren, die ihr starke Beschwerden machten. Sie konnte als besonders schwerwiegende Komplikation kein Wasser mehr lassen. Die Frau war schon davor ins Krankenhaus gegangen, wo festgestellt wurde, dass die Gebärmutter entfernt werden muss. In Zusammen-



Jenny Hesse. FOTO: PRIVAT

arbeit mit der Malteser-Migrantenmedizin in Frankfurt konnten wir die OP organisieren – nach vielen Ablehnungen vom Sozialamt.

Ihr Alltag besteht demnach aus vielen Anfragen an Behörden – und immer wieder Ablehnungen?

Das stimmt. Und wir müssen oft verhandeln. Wir versuchen immer noch, so eine OP durch öffentliche Gelder zu finanzieren. Es kann nicht sein, dass ein gemeinnütziger Verein die Kosten trägt.

Welche Menschen kommen zu „Medinetz Mainz“?

Primär gegründet wurde der Verein 2006 für illegalisierte Menschen, also Menschen ohne Papiere. Durch die EU-Osterweiterung kamen zunehmend EU-Bürger, die oftmals unter prekären Umständen leben und meist schon in der Heimat keine Kranken-

versicherung hatten. In letzter Zeit sind auch vermehrt Geflüchtete zu uns gekommen, weil das Asylbewerberleistungsgesetz nicht weit genug ausgelegt ist und wird. Eine große Rolle spielen bei diesen Menschen posttraumatische Belastungsstörungen, einmal durch die Erlebnisse im Heimatland, die Flucht aus der Heimat und auch durch Erfahrungen hier in Deutschland. Wir versuchen, dann an Psychotherapeuten zu vermitteln.

Auf Ihrer Internetseite schreiben Sie: Ihr Wunsch ist, dass Medinetz überflüssig wird. Sie wollen sich selbst abschaffen?

Wir sind eine freiwillige Parallelstruktur, und eine solche sollte eigentlich nicht Menschen in letzter Instanz auffangen. Eigentlich müsste das über

das Regelsystem funktionieren. Darauf wirken wir politisch hin und fordern unter anderem die Abschaffung der Meldepflicht für illegalisierte Menschen sowie die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Von außen werden wir immer noch erstaunt gefragt: Es gibt Menschen in Deutschland, die keine Krankenversicherung haben?

Fehlt das Wissen in der Bevölkerung?

Wir haben schon viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht, aber da kann noch mehr passieren. Obwohl wir eine niederschwellige Anlaufstelle sind, kommen die Patienten oft erst zu uns, wenn sie keinen anderen Ausweg mehr sehen. Wenn Krankheiten schon fortgeschritten sind oder in Notsituationen. Dafür sollte es eine offizielle

Anlaufstelle geben.

Das heißt, die Flüchtlinge haben kein Vertrauen in das deutsche Gesundheitssystem?

Kein Vertrauen in öffentliche Stellen. Sie haben Angst vor der Polizei. Bei einer Kontrolle würden sie auffallen und könnten abgeschoben werden.

Es werden immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Kann Medinetz das in Zukunft noch stemmen?

Wir sind 20 bis 25 Aktive. Uns wird der Ansturm etwas später treffen, denn wir sehen die Leute erst, wenn sie aus den Erstaufnahmeeinrichtungen rausgehen. Wir versuchen, uns wirklich jedem Einzelfall anzunehmen. Bislang mussten wir noch nie sagen: Wir schaffen es nicht.

Zur Sache: Medizinische Hilfe für Flüchtlinge

Im vergangenen Jahr hatte „Medinetz Mainz“ 148 Patienten, davon 19 Kinder. Für 2015 ist mit wesentlich mehr Menschen zu rechnen – vor allem die Anzahl der Nicht-EU-Bürger wird wohl weiter ansteigen (2014 waren das 57 Prozent der Patienten). Am häufigsten kommen Menschen mit gynäkologischen und urologischen Erkrankungen zur Beratung, an zweiter Stelle stehen neurologische und psychiatrische Gründe.

Einmal pro Woche bietet „Medinetz Mainz“ eine Sprechstunde an. Die Behandlungskosten tragen zum größten Teil die Ärzte selbst, die le-

diglich eine Spendenquittung erhalten. Wo Geld fehlt, springt der Verein ein, der sich ausschließlich durch Spendengelder finanziert. „Medinetz Mainz“ arbeitet auch mit anderen Organisationen zusammen wie zum Beispiel dem Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland“.

Das Asylbewerberleistungsgesetz schreibt nur die Behandlung von Schmerzzuständen oder akuten Erkrankungen vor. Andere Behandlungen müssen als Einzelfall abgesprochen werden. Asylbewerber brauchen dafür einen Berechtigungsschein. Landespolitiker in Rheinland-

Pfalz haben sich bereits mehrfach dafür ausgesprochen, eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einzuführen, wie es sie beispielsweise bereits in Bremen und Hamburg gibt.

Auch in der Pfalz existieren Einrichtungen, die sich um Menschen ohne Krankenversicherung kümmern. So gibt es in Ludwigshafen das Projekt Street Doc und Street Doc Dental, speziell für Zahnärzte. Auch in Speyer haben sich Ärzte zusammengetan, um Flüchtlingen unentgeltlich zu helfen. Hebammen bieten dort eine gemeinsame Sprechstunde an. Dies sind nur vier von vielen Angeboten. (rxs)